

Seminar "Wirtschaftsgeschichte der DDR"
Herr Prof. Dr. C. Dipper
SS 1993

Referat: Der "Forschungsbeirat für Fragen der
Wiedervereinigung"

Hermann Ritter
Rudolf-Diesel-Str. 37
64331 Weiterstadt

Gliederung:

1.	Vorbemerkung	Seite 3
2.1.	Die Geschichte des "FfFdW"	Seite 4
2.2.	Zeitgeschichtliche Anmerkungen	Seite 5
2.3.	Das Ende des "FfFdW"	Seite 9
3.1.	Die Aufgabenstellung des "FfFdW"	Seite 11
3.2.	Der Aufbau des "FfFdW"	Seite 12
4.1.	Ergebnisse der Arbeit des "FfFdW"	Seite 14
4.1.1.	Die Banken	Seite 14
4.1.2.	Die Schuhindustrie	Seite 16
4.1.3.	Die Post	Seite 17
5.	Schlußbemerkung	Seite 19
6.	Verwendete Literatur	Seite 21

1. Vorbemerkung

Der "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung" (kurz "FfFdW") war zu seiner Zeit ein wichtiges Instrument in der politischen Vorbereitung der Wiedervereinigung.

Seit der Abschaffung des Beirates versank er - ungerechterweise? - in der Vergessenheit. Erst die Wiedervereinigung und die damit verbundene Frage nach den Gründen der westdeutschen Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR in den 40 Jahren ihres Bestehens macht die Unterlagen des Beirates wieder hochinteressant.

Die Frage, die sich mir stellte, ist eine doppelte. Die erste war, ob der Forschungsbeirat, hätte er länger existiert, wirklich ein Hilfsmittel für die Wiedervereinigung gewesen wäre. Die zweite war, ob der Forschungsbeirat seinen eigenen Ansprüchen gerecht geworden ist.

Ich habe im Folgenden versucht, beiden Fragen nachzugehen.

2.1. Die Geschichte des "FfFdW"

Der "FfFdW" wurde durch Erlass des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen am 24.03.1952 ins Leben gerufen. "Anlaß dazu war die Erkenntnis, daß sich im Falle einer Wiedervereinigung Mitteldeutschlands mit Westdeutschland infolge der seit 1945 sehr verschieden gelaufenen Entwicklung beider Gebiete eine Fülle von Problemen ergeben würde, die zu erkennen und voraus zu bedenken zwingende Notwendigkeit sei." (Tätigkeitsbericht I, S. 7).

Die Schaffung dieses Beirates war nicht weiter ungewöhnlich. Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen veröffentlichte u.a. auch die "Materialien zur Wirtschaftslage in der Sowjetischen Zone" (von der aus dem Jahre 1953 der Bericht "Der Einzelhandel in der Versorgung der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone" vorliegt). Es lag im Aufgabenbereich dieses Ministeriums, Material über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der (späteren) DDR zu sammeln.

1954 erschien der erste Bericht über den Zeitraum 1952/53 (der mir nur in Auszügen vorliegt) unter dem Vorsitz von Dr. Friedrich Ernst und unter dem Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser. Der zweite Bericht erschien 1957, er behandelt den Zeitraum 1954/56 und liegt mir ebenfalls nur in Auszügen vor. Dr. Friedrich Ernst verstarb 1958, sein Nachfolger wurde Dr. Johann Baptist Gradl. Er sollte dem Forschungsbeirat bis zu seiner Auflösung vorstehen. 1961 erschien dann der dritte Bericht für den Zeitraum 1957/61 unter Bundesminister Ernst Lemmer. Der vierte Bericht erschien 1965 und behandelte die Jahre 1961/65. Von diesem Bericht gibt es zusätzlich einen (bearbeiteten und in einzelnen Teilen erweiterten) Auszug unter dem Titel "Vorbereitung auf die deutsche Einheit". Zuständiger Bundesminister war Dr. Erich

Mende. Unter seinem Nachfolger Herbert Wehner erschien 1969 der fünfte und letzte Bericht, und zwar über den Zeitraum 1965/69. Mit diesem Band ist (laut Deutsche Bibliothek/Frankfurt am Main) das "Erscheinen eingestellt".

Auf die Gründe der Einstellung will ich später noch einmal kurz zurückkommen. Erst möchte ich noch einmal auf die Berichte und ihre Ausstrahlung eingehen.

Zu ihrer Zeit müssen die Berichte für die Deutschlandpolitik sehr brisant gewesen sein. Dr. Otto Wenzel zitiert in seinem Leserbrief an die FAZ (erschienen am 31.10.1992) den DDR "Zentralkomitee-Sekretär für Agitation und Propaganda", Albert Norden, damit, daß die Bundesrepublik über ein Regierungsorgan verfüge, das "sich mit nichts anderem befaßt als damit, wie der Nachbarstaat - die DDR - unterworfen, einverleibt, ausgeplündert, wie seine Staats- und Wirtschaftsordnung beseitigt werden kann." Von dieser Bedeutung des "FfFdW" ist heute nichts mehr zu spüren, der "FfFdW" ist in der Vergessenheit versunken. Erst der Leserbrief von Dr. Wenzel machte auf dieses Thema wieder aufmerksam.

2.2. Zeitgeschichtliche Anmerkungen

Ich habe versucht, Material über den "FfFdW" zu finden. Doch es ist mir nicht gelungen, Arbeiten über ihn zu entdecken. Ich habe also versucht, mein Material (die 5 Berichte (davon 2 in Auszügen) und ein überarbeiteter Bericht ("Vorbereitung auf die deutsche Einheit")) durch Biographien bedeutender zeitgeschichtlicher Personen zu flankieren. Dies muß ich leider als z.T. gescheitert ansehen. Erich Mende (ehemaliger Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen) erwähnt in seinem Buch "Von Wende zu Wende" (München Berlin, 1986) den "FfFdW" überhaupt nicht. Jakob Kaiser (ebenso Ex-

Minister für gesamtdeutsche Fragen) erwähnt den "FfFdW" auch nicht. Dr. Johann Baptist Gradl war etwas ergiebiger. Sein Lebenslauf (in: "Deutschland als Aufgabe") erwähnt den "FfFdW" und Gradls Beirats-Vorsitz von 1958 bis 1975.

Uelmer?

Auch wenn ich über den "FfFdW" nichts herausbekommen konnte, so wurde mir beim Lesen der Biographien doch einiges über den politischen Hintergrund des "FfFdW" klar.

Der "FfFdW" war auf engste Weise mit der Wirtschaft und dem Exil-Flügel der CDU (welcher verständlicherweise sehr anti-kommunistisch eingestellt war) verbunden (was hinsichtlich der Aufgabenstellung des Beirats nicht weiter verwunderlich ist). So war Gradl nach 1938 in der "Geschäftsführung der ehemaligen 'Reichsgruppe Banken'" ("Stets auf der Suche", S. 11) tätig. Nach dem Krieg war er aktiv in der Exil-CDU und im KUD ("Kuratorium unteilbares Deutschland").

Gradl war sicherlich die prägende Figur des "FfFdW". Ich möchte daher ein paar seiner Aussagen zur Wiedervereinigung wiedergeben. 1960 schrieb Gradl (in einer Broschüre) ("Stets auf der Suche", S. 161):

"Die Wiedervereinigung soll zu einem freiheitlichen Deutschland führen, zu einem Staat, in dem unser Volk nach freiem Willen sein Leben ordnen kann. In einem demokratischen Staat gibt es dafür nur den Weg allgemeiner, gleicher, freier und geheimer Wahlen. Deshalb sind sie unabdingbar. (...) Die friedliche Herstellung der staatlichen Einheit wird ein Prozeß sein, der eine gewisse Zeit erfordert; die freien gesamtdeutschen Wahlen müssen dabei nicht am Anfang stehen. (...) Für die Vorbereitung eines solchen staatsbegründenden Aktes bietet die Staatslehre verschiedene Verfahren. Der natürliche Weg ist das möglichst schnelle Zusteuern auf Wahlen für ein verfassungsgebendes und regierungsbildendes

gesamtdeutsches Parlament. (...) Übrigens, wenn es einmal darum ginge, zunächst den Willen der Deutschen im Prinzip festzustellen, könnte z.B. auch gefragt werden, ob ein wiedervereinigtes Deutschland nach dem Muster der Bundesrepublik oder der DDR gestaltet werden soll."

Vor dem KUD sagte er 1962, die Richtpunkte für die Wiedervereinigung seien (ebenda, S. 225):

"1. Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen und Wiedervereinigung in einem Staat.

2. Gestufter Entwicklungsprozeß für die Wiedervereinigung.

3. Vordringliche Freigabe der menschlichen Verbindungen zwischen den Teilen Deutschlands.

4. Ein europäisches Sicherheitssystem (...).

5. Wirtschaftlicher Ausgleich an die Sowjetunion für die Entlassung der Zone aus der Ostblockwirtschaft.

6. Gewaltverzicht. Ablehnung von Rache, Verfolgung und Vergeltung.

7. Verdichtung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen West- und Osteuropa.

8. Keine Diskriminierung Deutschlands. Freiheit seiner europäischen Zusammenarbeit."

In einem Interview ("Deutschland als Aufgabe", S. 180 f.) sagte Gradl - gefragt nach der Rolle der DDR als eines der 10 stärksten Industrieländer der Welt - auch einige interessante Dinge über seine Sicht der Zustände in der DDR:

"Ich habe nie - gerade auch als Präsident des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung - einen Zweifel daran gelassen, daß westdeutsche Überheblichkeit unangebracht wäre. Meine Auffassung war immer, daß die wirtschaftliche Leistung der Menschen in der DDR höchste Anerkennung verdient. Sie hatten, wie ich selbst miterlebt habe, eine brutale Demontage ihrer industriellen Ausrüstung hinnehmen müssen. Wir haben die sowjetischen Gesprächspartner oft auf die antiproduktiven Wirkungen ihrer Demontage - und

Reparationspolitik hingewiesen. (...). Wir haben als CDU-Führung ((Gradl meint hier die Ost-CDU. Anm. d. Verf.)) versucht, die Sowjets zu überzeugen, daß sie sich selbst schaden, weil die deutsche Arbeiterschaft an den ihr vertrauten Arbeitsplätzen und mit der gewohnten technischen Ausstattung leichter die erhofften Reparationen würden erwirtschaften können. Generell muß man dazu sagen, daß die Leistung der Industrie in der SBZ bzw. DDR bis auf den heutigen Tag in erster Linie der seit jeher hoch qualifizierten mitteldeutschen Arbeiterschaft zu verdanken ist - deren Tradition auch nach dem Zusammenbruch wirksam blieb. Sie ist der Hauptgrund der unbestreitbar großen Leistung, die eben um so höher einzuschätzen ist, als sie gegen ein schwerfälliges bürokratische System und unter einem jahrzehntelang gedrückten Lebensstandard erbracht worden ist und wird - ganz abgesehen von dem menschlichen Bedrückungen des politischen Systems."

Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen von 1949 bis 1961, Mitglied der Exil-CDU und Mitglied im KUD, äußerte sich 1946 klar: "Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wird Vorläufer der politischen Einheit sein." ("Wir haben Brücke zu sein", S. 166).

Und ebenso 1949 (ebenda, S. 409):

"Es ((Deutschland)) kann seine politische Aufgabe in einem geordneten Europa nur als Einheit erfüllen. Eine bleibende Zerreißung Deutschlands würde einen Unruheherd sondergleichen schaffen. Ein zerrissenes Deutschland wäre ständig abhängig von der Hilfe anderer. Ein materiell und geistig verkümmertes Land. Deshalb muß der Weg beschritten werden, der bei der aggressiven Haltung des Kommunismus heute als beste Gewähr erscheint, dieser Einheit den Weg zu bereiten. Der Umweg über Bonn. Die Neuordnung des deutschen Staates vom Westen her. Nicht aber die Bildung eines westdeutschen Staates."

2.3. Das Ende des "FfFdW"

Doch nun zurück zum "FfFdW". Die politischen Väter des "FfFdW" standen also für eine Wiedervereinigung, jedoch nicht für eine Wiedervereinigung als das Aufgehen eines deutschen Staates im anderen (wobei damals der Gedanke an die Zweistaatlichkeit Deutschlands noch nicht aufgekommen war).

Für die Vorbereitung dieser friedlichen Wiedervereinigung war der "FfFdW" ein wichtiges Mittel. Warum ist der "Forschungsbeirat" trotzdem aufgelöst worden?

Wie Dr. Wenzel so schön schrieb, wurde der Forschungsbeirat "im September 1974 von der damaligen Bundesregierung auf dem Altar der Entspannungspolitik geopfert." Was meint er damit?

Die ersten drei Berichte wurden während der Adenauer-Ära (1949 bis 1963) veröffentlicht. Diese Phase ist geprägt durch Schlagworte wie den Arbeiteraufstand am 17. Juni (1953), Gründung von Bundeswehr und NVA, KPD-Verbot (1956), EWG-Vertrag (1957) und Mauerbau (1961). Der vierte Bericht fiel unter die Zeit des Kanzlers Erhard (1963-1966). Der letzte Bericht erschien 1969. In diesem Jahr endete die "Große Koalition" unter Kanzler Kiesinger (1966-1969), Kanzler wurde Brandt (bis 1974). In die Regierungsjahre Brands fällt die Aussöhnung mit der Sowjetunion ("Moskauer Vertrag", 1970) und Polen ("Warschauer Vertrag", 1970). Der Wechsel von Ulbricht zu Honecker (1971) ließ auf eine neue Politik der DDR-Führung hoffen. 1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR unterzeichnet, im folgenden Jahr treten beide Länder der UNO bei. Verständlicherweise konnte Brandt keine Organisation wie den "FfFdW" gebrauchen oder dulden (das ihn tragende Bundesministerium war schon umbenannt worden, in "Ministerium für innerdeutsche Beziehungen"). Und so

keine Schlagworte, sondern
Tatsachen i.-S. von
Wertensteinen

ein tipischen und
Tempowechsel -
ohne Notwendigkeit

wurde der Ausschuß wirklich - um noch einmal Dr. Wenzel zu zitieren - "auf dem Altar der Entspannungspolitik geopfert" - wohl in dem Glauben, daß die erarbeiteten Wirtschaftsdaten für die Wiedervereinigung durch die akzeptierte Zweistaatlichkeit Deutschlands hinfällig wären. Eine Wiedervereinigung erschien nach der "Aussöhnung" und "Annäherung" zwischen beiden Staaten unwahrscheinlich.

Diese Überlegung war ein Fehler, der sich erst 20 Jahre später bitter rächen sollte.

3.1. Die Aufgabenstellung des "FfFdW"

Im 1. Bericht (S. 11) heißt es dazu klar:

"1. Die Arbeiten beschäftigen sich mit einer Wiedervereinigung von Mitteldeutschland, d.h. der sowjetisch besetzten Zone, mit den Gebieten der Bundesrepublik.

2. Die Arbeiten beruhen auf den Annahmen, daß die Vereinigung dieser beiden Gebiete sich auf friedlichem Wege vollzieht (...).

3. Der Forschungsbeirat hat sich bewußt auf die Behandlung der wirtschaftlichen Fragen und Probleme beschränkt."

Und weiter:

"Im Rahmen der angeführten Begrenzungen wurden dem Forschungsbeirat zu Beginn seiner Tätigkeit zwei Aufgaben gestellt:

1. Eine Klärung der Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen, ihrer Entwicklung, ihrer Kapazitäten sowie ihrer gegenwärtigen Organisation und der für sie geltenden Prinzipien der Wirtschaftsordnung.

2. Die Erstellung eines Sofortprogramms, d.h. die Vorbereitung aller derjenigen Maßnahmen, die im Falle einer Wiedervereinigung alsbald, also etwa innerhalb des ersten Jahres, notwendig sein würden."

Der 5. Bericht baut diese Begründung weiter aus (S. 15):

"Weiterhin haben wir uns auch von dieser Gewißheit leiten lassen: die wirkungsvollste Antwort auf die sowjetische Wunschthese, wegen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinanderentwicklung sei die Teilung unabänderlich, liegt in dem nüchternen Nachweis, daß die Zusammenfügung ohne Chaos, ohne wirtschaftliche Einbuße, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Gewalt, unter vorurteilsloser Wertung und Abwägung des inzwischen Gewordenen gelingen kann, wenn die Deutschen

Zitat viel zu lang

gemeinsam und frei über die innere Ordnung ihres Hauses entscheiden dürfen."

3.2. Der Aufbau des "FfFdW"

Der Beirat bestand anfangs aus vier Ausschüssen - Agrarausschuß, Ausschuß für Fragen der gewerblichen Wirtschaft, dem Finanzierungsausschuß (später: Finanzausschuß) und dem Bilanzierungsausschuß (später: Ausschuß für volkswirtschaftliche Bilanzierung). Zu diesen kamen später der Sozialausschuß, der Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und der Ausschuß für betriebliche Wirtschaftsrechnung.

Mitglieder waren neben dem "Forscherkreis" im "Plenum" (Professoren div. Universitäten) Vertreter anderer Organisationen. Neben Vertretern staatlicher Institutionen (Bundesbank, Statistisches Bundesamt etc.) und der Parteien waren dort u.a. folgende Organisationen vertreten:

- Bundesverband der Deutschen Industrie
- Deutscher Industrie- und Handelstag
- DGB
- DAG
- Deutscher Bauernverband
- Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge
- Vereinigte Landsmannschaften Mitteldeutschlands
- Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe
- Bundesverband der heimatvertriebenen Wirtschaft
- Interessenvereinigung kriegsgeschädigte Wirtschaft

Diese Auswahl an Organisationen ("Interessenverbände" würde man sie wahrscheinlich heute nennen) erscheint von unserer Sicht aus politisch sehr vorbelastend (um nicht "revisionistisch" sagen zu müssen). Aber bei dieser Liste muß man immer vor Auge haben, daß der "FfFdW" von einer anderen Art Wiedervereinigung

ausging, als wir sie letztendlich erlebt haben. Selbstverständlich war den Beiratsmitgliedern der Gedanke an eine Entwicklung des geteilten Deutschlands über die Stufen "Annäherung", "Zusammenarbeit" und "Zusammenwachsen" hin zur "Vereinigung"; es wurde auf keinen Fall an ein "Entweder-Oder" zwischen beiden Staatsformen gedacht.

Auch gingen die Mitglieder des "FfFdW" schon früh davon aus, daß eine Wiedervereinigung der Gebiete des ehemaligen deutschen Reiches - wenn überhaupt - nur für die Gebiete der späteren Staaten BRD & DDR denkbar ist. Man war im Beirat allgemein in der Lage, die positiven Aspekte der DDR zu sehen und auch in ein späteres gesamt-deutsches System einzuplanen.

Der "FfFdW" sah sich nur als reiner Materiallieferant, als Vorschläge-Macher, aber nicht als Entscheidungsträger.

Dies blieb anderen überlassen.

4.1. Ergebnisse der Arbeit des "FfFdW"

Ich möchte an drei Themen kurz Darstellungen und Arbeitsergebnisse des "FfFdW" darstellen. Ich möchte - verständlicherweise - keinen Wirtschaftsüberblick geben (könnte ihn auch nicht geben), und beschränke mich daher wirklich nur auf einen Überblick. A

4.1.1. Die Banken

In den Berichten II bis V wird auf das Bankwesen eingegangen (II 259-261, 264, III 40, 116-118, 155-163, 193-203, 263, IV 197-203, 205-207, V 251-252, 357-364, 463-468) (es mag sein, daß nur die Kürzung des I. Teiles das entsprechende Kapitel getilgt hat). Doch handelt es sich dabei fast nur um Darstellungen, selten um konkrete Vorschläge für eine Ordnung des Bankwesens nach der Wiedervereinigung. An 4 Stellen wird kurz auf Möglichkeiten eingegangen, davon einmal im II. Teil (der leider nur Material bis 1957 bearbeitet) (II 264) und dreimal im III. Teil (III 155-163, 193-203 und 263).

Dort steht im Kapitel "Vorläufige Empfehlung für den gewerblichen Kredit in Mitteldeutschland nach der Wiedervereinigung" (S. 193 ff.) - nach einer Darstellung der "Grundzüge des gegenwärtigen Kreditwesens in der SBZ" - einiges an Vorschlägen.

Voraussetzung für die Vorschläge des "FfFdW" sind vier Hypothesen:

- "a.) In Mitteldeutschland wird die derzeitige zentralgeplante Zwangswirtschaft beseitigt und durch eine im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung ersetzt.
- b.) Das Rechnungswesen wird derart umgestellt, daß es den Grundzügen kaufmännischer Buchführung entspricht.

c.) Die Eigentumsfrage wird durch den zukünftigen gesamtdeutschen Gesetzgeber geregelt. Bis dahin werden die derzeitigen VEB als selbstständige Unternehmen geführt.

d.) Es wird unterstellt, daß Mitteldeutschland ebenso wie Westdeutschland sogleich nach Beginn des Prozesses der Wiedervereinigung über eine stabile Währung verfügt; es ist offengelassen, ob in einer Übergangszeit in West- und Mitteldeutschland noch zwei verschiedene Währungseinheiten vorhanden sind." (ebenda, S. 195)

Nach diesen Hypothesen folgen die Vorschläge, betitelt "Vorläufige Empfehlung für den gewerblichen Kredit in Mitteldeutschland nach der Wiedervereinigung":

- Trennung zwischen Notenbank und Staat
- Freie und unabhängige Leitung der Notenbank
- Beendigung der zentralen Kreditplanung durch Aufhebung der Zwangswirtschaft

"Die in der SBZ geltenden Richtlinien für die Kredit^{ve}währung (...) werden durch eine nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgende Kreditgewährung abzulösen sein. Das System universaler Kreditplanung sollte unverzüglich nach der Wiedervereinigung beseitigt werden; es würde sich auch nicht mehr als haltbar erweisen, sobald die zentrale Planung von Produktion und Verteilung beseitigt ist.

An Stelle der zentralen Planung wird auch bei der Kreditgewährung wieder die individuelle Prüfung und Entscheidung zu treten haben, und zwar auch für die derzeitigen VEB (...)." (S. 202)

- Für eine Übergangszeit vor der Gründung von Geschäftsbanken übernimmt eine "Besondere Stelle" die Aufgaben der Deutschen Notenbank der DDR.
- Postscheck- und Postsparkassenwesen bleiben erhalten, da ihre Arbeitsvorschriften denen der BRD ähnlich sind (S. 201).
- Geschlossene Banken sollen bevorzugt wieder aktiv

werden können.

- Die Banktätigkeit beginnt bei Null.

"Die Tätigkeit der mitteldeutschen Kreditinstitute sollte nach der Wiedervereinigung grundsätzlich auf neue Rechnung, d.h. unter Trennung von Alt- und Neugeschäft beginnen." (S. 197).

4.1.2. Die Schuhindustrie

Die Daten über die Schuhproduktion der DDR unterlagen (offenbar) keiner Geheimhaltung oder Verschleierung. Da die Schuhindustrie von der DDR-Bevölkerung als Problemfall erkannt worden ist (vgl. V 205-206), ist es natürlich interessant, für diesen Fall die Vorschläge des "FfFdW" zu sehen.

Die Berichte II ^{bis} BIS V gehen auf die Schuhproblematik ein (II 30-31, 80-82, III 95-96, IV 136, 251 und V 205-206), wobei die jüngsten konkreten Handlungsvorschläge aus dem IV. Bericht stammen.

Im II. Bericht heißt es noch: "Die heute in der Sowjetzone hergestellten Lederschuhe sind daher schon wegen der fehlenden Rohstoffe qualitativ schlecht und außerdem im allgemeinen unmodern, was in erster Linie auf den Mangel an Leisten zurückzuführen ist. Auch Leim und Nähmaterial lassen in der Qualität sehr zu wünschen übrig. Unter dem Begriff "Lederschuhe" werden im übrigen in Mitteldeutschland nicht nur Schweinslederschuhe aufgeführt, sondern auch alles Schuhwerk, bei dem in irgendeiner Form Leder verarbeitet ist." (S. 80).

Obwohl die Menge der produzierten Schuhe ausreichen würde, die DDR-Bevölkerung zu versorgen, führen die schlechte Qualität und die Abgaben an "vorrangige Bedarfsträger" (laut "FfFdW" die Besatzungstruppen) zu einer Unterversorgung.

Die Wiedervereinigung würde diese Probleme lösen, da natürlich dann der Nachschub an Leisten gesichert wäre

und die Abgaben an die Besatzungstruppen entfallen würden.

Der "FfFdW" war in seiner Darstellung sehr penibel. So gibt er nicht nur Produktionszahlen an, sondern auch die Art der Schuhe (z.B.: 1959 DDR 51,3 Millionen Paar Schuhe, davon 22,9 aus Leder - BRD 142,4 Millionen Paar Schuhe, davon 91,4 aus Leder (III, 95)). Es folgen Überlegungen über die Einwirkung der Mode auf die Schuhproduktion, über die Schuhqualität und über den Anspruch des Siebenjahresplans (Erhöhung des "pro-Kopf-Verbrauch(s) von Lederschuhen" von 1,7 Paar/1961 auf 2,1 Paar/1965) (ebenda, S. 96).

4.1.3. Die Post

Dieses Thema habe ich gewählt, weil durch die Diskussion über die Einführung der 5-stelligen Postleitzahlen die Frage wieder in den Vordergrund gerückt ist, wer bei der Planung der vierstelligen Postleitzahlen die Aussparung einiger PLZ-Bereiche für die DDR organisiert hat.

Ich kann die Antwort gleich vorausschicken: der "FfFdW" war es nicht. Der Beirat beschäftigt sich überraschenderweise wenig mit der Post (wobei ich die Postbanken und das Postscheckwesen für meine Darstellung ausgeklammert habe).

Nur in den letzten drei Berichten geht der Beirat - wenn auch kurz - auf die Post ein (III 113, IV 188-192 und 366-367 sowie V 346-350 und 504). Nur zweimal wird insgesamt auf die Einführung neuer PLZ hingewiesen, und zwar auf die neuen PLZ in der DDR (IV 191 und V 350). Sonst geht es um eine Darstellung der Postorganisation der DDR sowie um einen Vergleich zwischen versendeten Stückzahlen im Westen und im Osten.

Vorschläge für eine Zusammenfügung der "Deutschen Post" und der "Deutschen Bundespost" werden nicht gemacht.

Begründung ?

Organisationskonzepte für eine Neuregelung der
Postleitzahlen werden - leider - nicht angeboten.

5. Schlußbemerkung

Die Frage, die ich am Anfang gestellt hatte, war zweigeteilt. Ich will daher auf jeden Teil ~~kurz~~ getrennt eingehen.

Die erste Frage war, ob der Forschungsbeirat - hätte er bis zur Wiedervereinigung existiert - ein geeignetes Hilfsmittel für die Durchführung der Wiedervereinigung gewesen wäre.

Insgesamt kann man sagen, daß der "FfFdW" seine Arbeit sehr ernst genommen hat und detailversessen recherchierte (was für uns heute im Detail manchmal belustigend klingt). Die Darstellung ist solide. Die genannten Zahlen lassen sich im Rahmen dieser Darstellung nicht überprüfen, aber sie wirken glaubhaft. Der "FfFdW" zeigt seine Quellen auf und es fehlt ihm auch jedes Interesse, die Wirtschaftsdaten der DDR zu beschönigen oder zu verschlechtern. Allgemein kann man sagen, daß der "FfFdW" Daten geliefert hat, anhand derer man eine Wiedervereinigung hätte wirtschaftlich durchführen können.

Diese Wiedervereinigung wäre eine andere gewesen, als die, die wirklich durchgeführt worden ist. Der Beirat plante nur ein Sofortprogramm für die erste Zeit einer "Annäherung" beider Staaten (viele Vorschläge erstrecken sich über einen Zeitraum von maximal einem Jahr), nicht eine "Verschmelzung" oder ein "Aufgehen" von einem Staat in einem anderen.

Die zweite Frage ~~ob~~ war, ob der Forschungsbeirat seinen eigenen Ansprüchen gerecht geworden ist.

Auch hier gilt, daß der Forschungsbeirat eine andere Wiedervereinigung geplant hat. Von daher sind von heute aus - in der Rückschau - viele der gesammelten Daten überflüssig, weil sie Bereiche berühren, die von der tatsächlichen Wiedervereinigungs-Vorbereitung nicht

berührt worden sind (z.B. die Zahlen zur Lage der Schuhindustrie).

Insgesamt hat der "FfFdW" aber seine Aufgabe gut erfüllt und die Daten geliefert, die zur Zeit seines Bestehens für die Wiedervereinigung nötig waren.

6. Verwendete Literatur

- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen "Der Einzelhandel in der Versorgung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone" (Materialien zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Zone), Baden-Baden o.J.
- ders. "Tätigkeitsbericht 1952/1953" (Auszug), Bonn 1954
- ders. "Zweiter Tätigkeitsbericht 1954/1956", Bonn 1957
- ders. "Dritter Tätigkeitsbericht 1957/1961", Bonn und Berlin 1961
- ders. "Vierter Tätigkeitsbericht 1961/1965", Bonn und Berlin 1965
- ders. "Fünfter Tätigkeitsbericht 1965/1969", Bonn und Berlin 1969
- ders. "Vorbereitung auf die deutsche Einheit" (Auszug aus dem Vierten Tätigkeitsbericht 1961-1965 des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands), Bonn und Berlin 1966
- Gradl, J.B. "Deutschland als Aufgabe", Köln 1986
- ders. "Stets auf der Suche", Köln 1979
- Kaiser, Jakob "Wir haben Brücke zu sein", Köln 1988
- Wenzel, Otto "Geopferter Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung", Leserbrief in der FAZ vom 31.10.1992

Warum keine Literatur zur
Geschichte der Bundesrepublik?
~ zur Frage der Wiedervereinigung.
bzw. Deutschlandpolitik?

Ein Lippenknapp ist der schon, was Sie
geliefert haben. Denkbare Zusatzfragen: wie
stand der Beirat im Rahmen der jeweiligen
Wiedervereinigungspolitik? Warum hat er eine
'ander' Wiedervereinigung angestrebt bzw.
sich nur für erste Maßnahmen zuständig ge-
fühlt (→ S. 19). Debatte im Bundesrat...

Formal: Schlussredaktion fehlt. Haben Sie
kein Lebensversicherungsprogramm?

1.10.93

befriedigend - ausreichend (3/4)

W. F.